Streik gegen die Energiewende ist besser als Lohnforderungen

Ein gordischer Knoten

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]
NAEB 2305 am 5. März 2023

Hohe Lohnforderungen heizen nur die Inflation an. Forderungen nach Schluss der Energiewende dagegen halbieren den Strompreis und senken die Preise für das Heizen und Tanken von Kraftstoffen.

Anfang 2023 nerven eine Reihe von Warnstreiks. Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen von 10 bis 15 Prozent, um die Inflation auszugleichen, die maßgeblich durch die hohen Energiepreise verursacht ist. Mit dieser Forderung wird die Inflation noch stärker angeheizt. Denn sie kann nur mit neuem Geld erfüllt werden, das ohne Gegenwert gedruckt wird. Dies sollte eigentlich den Gewerkschaftsführern bekannt sein. Sie sitzen in den Aufsichtsräten der großen Konzerne und haben Zugang zu allen Wirtschaftsdaten.

Höhere Löhne ohne Gegenwert mindern die Kaufkraft. Sie heizen die Inflation an und erhöhen die Belastung mit Steuern durch die steigende Progression. Ziel der Gewerkschaften sollte es sein, Preissenkungen zu bewirken, statt inflationsfördernde Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Die Energiewende ist Kostentreiber
Der kräftige Preisanstieg in den letzten seit 2021 von mehr als 10 Prozent wird von den meisten Politikern und Journalisten mit dem Krieg in der Ukraine begründet. Das ist nur zu einem geringen Teil der Fall. Die Hauptursache ist neben der Geldschöpfung aus dem Nichts durch die EZB die BRD-Energiewendepolitik, die zu den höchsten Strompreisen weltweit geführt hat. Sie wird trotz der Energiekrise von der Regierung weitergetrieben und ausgedehnt.

Zunehmend werden nun auch Wohnungen und Neubauten durch unsinnige Dämm- und Heizvorschriften verteuert, die in der Gesamtsicht kaum Energie einsparen. Zwar sinkt die direkte Heizenergie. Doch unter Einbeziehung der Energie für das Dämmen und die Installation regenerativer Heizsysteme ist die Minderung minimal oder die Heizkosten steigen sogar.

E-Autos benötigen Brennstoffe
Das gilt auch für das Elektroauto. Der hohe Energieaufwand zum Bau von Batterien wird erst nach mehr als 100.000 km ausgeglichen, wenn nur grüner Strom geladen wird. Davon ist aber nur ein Drittel im Netz. E-Autos mit größeren Batterien sind bis zu ihrer Verschrottung keineswegs "klimaneutral". Das heißt, sie brauchen für das gesamte Autoleben irdische Brennstoffe. Doch die Politik hat die E-Autos als klimaneutral, also CO2-emissionsfrei, eingestuft. Die Eigner erhalten CO2-Zertifikate im Wert von etwa 200 Euro/Jahr, die sie weiterverkaufen können. Der Verkauf wird von Dienstleistern gegen eine Provision organisiert. E-Autos haben eine neue Gruppe von Profiteuren der Energiewende hervorgebracht.

Die Energiewende kostet über 1.000 Euro pro Einwohner jährlich
Die Aufwendungen zur Stützung der Energiewende belaufen sich auf mehr als 80 Milliarden Euro jährlich, also mehr als 1.000 Euro/Einwohner, wenn man neben der EEG-Umlage für grünen Strom die CO2-Bepreisung, die Zulagen, Beihilfen und Förderungen für E-Autos, Wärmepumpen und Wärmeisolierungen hinzurechnet.

Ein weiterer wesentlicher Kostenbestandteil ist der Energieverlust von grünem Strom durch das Umformen und den Transport über weite Strecken. Die Umformung <Wind- oder Solarstrom (Fakepower) - Wasserstoff - Lagerung in Kavernen - Wiederverstromung in Gaskraftwerken> schluckt 75 Prozent des eingesetzten Stroms. Der Stromtransport von Nord nach Süd erzeugt Leitungsverluste von etwa 10 %.

Mit dem Aufgeben der Energiewende fallen die Energiekosten und Verluste wieder auf das internationale Niveau. Die Kaufkraft steigt. Die Industrie hat wieder Zugang zu wettbewerbsfähigen Energiekosten. Die Abwanderung der Industrie zumindest aus diesen Gründen wird gestoppt. Neue Ansiedlungen werden wieder wirtschaftlich. Das gilt auch für den Wohnungsbau, der durch die grünen Energiewende-Bauvorschriften unwirtschaftlich ist.

Stromabschalten bewirkt mehr als Streiks für höhere Löhne
Die Forderungen der Gewerkschaften müssen sich gegen die unsinnige Energiepolitik richten, um die Lebenshaltungskosten zu drücken. Warnstreiks für höhere Löhne bringen den Streikenden und der gesamten Bevölkerung nur Nachteile. Warnstreiks zur Beendigung der Energiewende bewirken dagegen ein Wunder. Sie sind mit geringem Aufwand durchzuführen. Es brauchen nur die Stromversorger in einzelnen Gebieten zu streiken. Dann fällt der Strom aus. Es reicht bereits eine halbe Stunde Stromausfall in Berlin und in den Landeshauptstädten, um die Forderung durchzusetzen. Ein solcher Streik ist human im Vergleich zu einem langfristigen Stromausfall im ganzen Land, der uns droht, wenn die Energiewende weitergetrieben wird.

"Experten" und Medien hämmern ständig auf die Menschen ein, die Energiewende müsse zur Rettung des Weltklimas weitergetrieben werden. Die CO2-Emissionen aus Kohle, Erdgas und Erdöl seien klimaschädlich durch den sogenannten Treibhauseffekt. Sie müssten vermieden werden. Dabei bleibt Wasserdampf, dessen Treibhausanteil mehr als doppelt so groß ist, unbeachtet. Die Energiewende beruht auf betrügerischen Behauptungen.

Gewerkschaften sind gefordert
Trotz aller Warnungen der Fachwelt verfolgen Bundesregierung und die meisten Parteien ihre ideologischen Ziele unbeirrt weiter. Ihre Umsetzung soll beschleunigt werden durch weniger Umweltschutz. Nur die Gewerkschaften verfügen noch über den notwendigen Einfluss auf die Politik, um die immer teurer werdende unsinnige Energiewende zu stoppen. Es ist allerdings fraglich, ob die Gewerkschaftsführungen diese Forderung mit Streiks durchsetzen werden. Sie haben in den letzten Jahren gezeigt, dass ihnen ein angeblicher Klimaschutz wichtiger ist als die Sicherung der Arbeitsplätze und Einkommen ihrer Mitglieder.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-CityImages-City1
[2] https://www.naeb.info/Beitritt.htm

Anmerkung

Durch Streiks herbeigeführte Stromausfälle mit Todesfolgen sind rechtlich und ethisch unhaltbar. Deshalb wird sich niemand finden, der Straftaten vollbringt und anschließend haftbar gemacht wird. Dass die BRD-Politik seit Jahrzehnten den vorzeitigen Tod von Hunderttausenden Menschen herbeigeführt hat, steht auf einem anderen Blatt. Dies ist "politisch gewollt" und bleibt ungestraft. Es gibt tausende von Beispielen, wie die langfristigen Ziele des Vereinigten Königreiches bis zur Stunde verfolgt werden.

Politiker dürfen nicht persönlich haftbar gemacht werden
3. Mai 2013 | DieVorarlberger
Parteiangehörige dürfen lügen und die Bürger vorsätzlich täuschen. Nach dem Strafgesetzbuch §129 dürfen Parteien als kriminelle Vereinigung gegründet werden. Politiker bleiben für Ihre Aussagen und Taten ungestraft. Politiker haften für Ihre Rechtsgeschäfte nicht persönlich, BGB §54. Dies verbietet das Parteiengesetz §37.
Aufgenommen am 3. Mai 2013 in Gunzenhausen
https://www.youtube.com/watch?v=YlEBcF3VTkE

Die Grünen: Partei der erneuerbaren Prinzipien | extra 3 | NDR
13. Oktober 2022 | extra 3
Die Grünen sind die Partei, die sich von allen am meisten erneuert. Vor allem ihre Prinzipien. Quasi täglich. Die Grünen haben die Wahlen in Niedersachsen gewonnen, weil ihre Wähler*innen offenbar sagen: AKWs laufen länger, Frackinggas wird verstromt, Lützerath wird abgebaggert und die Kohlekraftwerke laufen länger? Geilo! Das ist grüne Politik, die wähle ich! Die Grünen sind inzwischen sowas wie die CDU, nur mit schlechtem Gewissen.
Autor*in: Christian Ehring, Maxi Schafroth
https://www.youtube.com/watch?v=rmvlE-tw4cw

Tragödie Meseberg
7. März 2023 | HallMack
https://www.youtube.com/watch?v=d3Vse15hZDA

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild